

Bildungspolitik | 17.10.2025 | Nr. 296/25

Martin Balasus: TOP 13+27: Wir halten eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

schon unsere Landesverfassung, also die Essenz unserer Werte und Regeln, macht eindeutig klar: Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung, ein Recht auf Unterricht. In Artikel 10, Absatz 3 heißt es: „Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten. Sie haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung [...].“

Und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 26, ist dies ebenfalls festgelegt. Wir sind uns also alle einig in dem Ziel – und das ist schon mal eine hervorragende Basis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erfüllung dieser Rechte ist aber nicht nur common sense über Parteigrenzen hinweg, sie steht im Zentrum unserer Bildungspolitik.

Deren Anspruch lautet: gute und faire Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler Schleswig-Holsteins. Und das sind bewiesenermaßen keine hohlen Phrasen.

Uns liegt die Chancengerechtigkeit am Herzen. Darum nehmen wir seit Jahren diejenigen, die es besonders schwer haben, in den Blick. Mit den Perspektivschulen, und nun auch noch mit EVI – unserer Sprachstandserhebung für die Viereinhalbjährigen: Kinder mit Defiziten erhalten eine verbindliche Förderung und starten so weniger benachteiligt in ihre Schullaufbahn.

Zur SPD: Ihr Antrag zielt ja auf einen zu hohen Unterrichtsausfall ab. Ein Anliegen, über das in der Tat gesprochen werden muss. Sie fordern unter anderem feste Schwellenwerte von 10 oder 20 Prozent, ab denen Schulleitungen oder die Schulaufsichten bei Unterrichtsausfall eingreifen müssen, sowie neue Berichtspflichten und noch detailliertere Monitoring-Verfahren. Das klingt zunächst nachvollziehbar, ich fürchte allerdings für die Praxis nur einen geringen Mehrwert.

Schulen sind bereits heute verpflichtet, Unterrichtsausfälle zu erfassen und zu

reagieren, wenn Lücken entstehen. Zusätzliche Quoten und Meldeverfahren würden vor allem neue Bürokratie schaffen – nicht aber mehr Unterricht.

Wichtiger ist aus unserer Sicht, auf die Unterrichtsversorgung zu blicken. Seit 2018 liegt sie in Schleswig-Holstein bei über 100 Prozent. Das ist ein echter Fortschritt und bedeutet: Rein rechnerisch stehen mehr Lehrerstellen zur Verfügung, als die Stundentafeln erfordern. Damit ist die Grundlage gelegt, dass Unterricht weitgehend gesichert ist.

Wegen der angespannten Haushaltslage ging sie aber jüngst etwas zurück, lag aber durchweg bei mindestens 100 Prozent. Und genau das war auch unser Versprechen: Wir halten eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent. Gestern, heute und auch morgen! Übrigens fällt sie an unseren Grundschulen immer etwas höher aus.

Zur Einordnung: Als das Bildungsressort 2014 in SPD-Hand lag, lag die Unterrichtsversorgung bei 94 Prozent, an den beruflichen Schulen sogar nur bei 91 Prozent. Und das obwohl natürlich schon damals das Recht auf Bildung in der Verfassung stand. Ich frage Sie: Warum haben Sie denn da nicht ein Maximum für Unterrichtsausfall oder Vertretungen vorgeschrieben?

Auch wenn die Unterrichtsversorgung bei 100 Prozent liegt, bedeutet das nicht, dass auch jede Stunde garantiert stattfindet. Kurzfristige Ausfälle durch Krankheit oder andere Gründe lassen sich nie vollständig vermeiden. Aber entscheidend ist: Wir haben eine solide Ausgangslage, um Unterrichtsausfälle abzufedern.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass in den letzten Jahren seit Corona die Krankenstände ungewöhnlich hoch sind. Nicht nur in den Schulen, sondern in allen Branchen. Und nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in allen Ländern!

Damit Unterricht erfolgreich ist und Kinder wirklich nachhaltig lernen, muss er a) stattfinden – logisch – und b) von einer Fachkraft erteilt werden.

Wir arbeiten stetig an der langfristigen Sicherung von genügend Lehrkräften. Eine Vielzahl an Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen:

Erleichterung des Quereinstiegs, Einführung eines dualen Masterstudiengangs Sonderpädagogik, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und vieles mehr.

Und wir sind dabei so erfolgreich, dass inzwischen alle LiV-Plätze – früher Referendariatsplätze – mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden konnten. Da sind wir anderen Bundesländern Meilen voraus. Ein echter Erfolg, auf den wir stolz sein können!

Und natürlich sind alle Fächer wichtig, um einem umfassenden, ganzheitlichen Bildungsanspruch gerecht zu werden. Besonders entscheidend sind aber die sogenannten Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen.

Mit diesen Kernkompetenzen steht und fällt die gesamte Schullaufbahn. Deshalb setzen wir auch hier einen Schwerpunkt in Schleswig-Holstein: mit mehr Deutsch- und Matheunterricht in Klasse 1 und 2, mit fester Leseförderung und bald auch flächendeckend mit fester Sprachförderung für die, die sie benötigen.

Meine Damen und Herren, wir setzen auf eine solide und verantwortungsvolle Bildungspolitik, die den finanziellen Rahmen berücksichtigt und zugleich die Qualität und Verlässlichkeit des Unterrichts in den Mittelpunkt stellt.